

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. 50 Pf. Eingetragen in die Postzeitungeliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Geschäfts-Anzeigen die 8 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäfts-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wey. Druck von G. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneides, Hannover. Redaktionslokal: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 8002.

### Rücksichtsloser Kampf gegen den Nahrungsmittelwucher.

Der Lebensmittelwucher ist keine Erscheinung, die erst in der Gegenwart zulage getreten wäre. Die Geschichte erzählt uns, daß jedesmal, wenn infolge natürlicher oder sozialer Ursachen eine Knappheit an Lebensmitteln vorhanden war, herzlose Menschen, von Habgucht getrieben, die Not ihrer Landsleute dazu benutzten haben, ihre Taschen zu füllen, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Aber auch zu allen Zeiten hat es als eine selbstverständliche Aufgabe des Staates gegolten, der Bewucherung nach Möglichkeit entgegenzutreten, um die Preise der notwendigen Lebensmittel in mäßigen Grenzen zu halten und dadurch einer Teuerung vorzubeugen. Diese Aufgabe des Staates, die sich während des Mittelalters vornehmlich in den Vorschriften über Preis und Qualität der Erzeugnisse sowie in der strengen Bestrafung der Wucherer äußerte, geriet zu Beginn der kapitalistischen Gesellschaft allmählich in Vergessenheit, da die Auffassung immer mehr die Oberhand gewann, daß der Staat weder das Recht noch die Pflicht habe, regelmäßig in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Und doch wäre eine Bekämpfung wucherischer Ausbeutung im Zeitalter des Kapitalismus erst recht notwendig gewesen, weil gerade der auf möglichst mühelosen und schnellen Erwerb gerichtete kapitalistische Wirtschaftsgeist die Erwerbssüchtigen aufstachelte und den Wucher mächtig in die Salmen schleichen ließ. Der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft begünstigte erklärlicherweise das Streben, hohen Verdienst zu erzielen und in kurzer Zeit reich zu werden. Der Weltkrieg hat uns den im Menschenherzen wohnenden Willen zum „Geldverdienen auf jede Weise“ in abschreckendster Form gezeigt.

Das erfolgreichste Mittel, durch Preisverhöhnung hohe Gewinne zu erzielen, ist die Monopolisierung eines bestimmten Wirtschaftsbereiches. Die Beteiligten schließen sich zusammen, legen die Außenwelt lahm, setzen die Preise ihrer Erzeugnisse fest und zwingen dann die Verbraucher, ihnen die geforderten Preise zu bezahlen. Dieses Mittel wurde bereits in den frühesten Zeiten angewandt, was aus den gesetzlichen Bestimmungen hervorgeht, die erlassen worden sind. Schon die römischen Kaiser verboten diese Vereinbarungen zum Zweck der Preisverhöhnung, der byzantinische Kaiser Jeno bedrohte jeden mit Verbrennung und Vermögensentziehung, der ein Monopol ausübte, und während des ganzen Mittelalters erließen die Landesherren Gesetze gegen die „schädlichen Monopolen“, ein Beweis, daß die Schädlichkeit der Preisverabredungen allgemein empfunden wurde. Erst mit dem Siege der Gewerbefreiheit und der Beseitigung der Koalitionsverbote wurden diese gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben und dem Wucher Tür und Tor geöffnet.

Nach einer kurzen Periode der freien Konkurrenz, in der jeder den andern niederzurufen suchte, trat im wirtschaftlichen Leben wieder der Organisationsgedanke seine Herrschaft an. Die selbständigen Unternehmer verzichteten auf einen Teil ihrer persönlichen Freiheit und bildeten eine Wirtschaftsgemeinschaft, um durch eine geschlossene Einheit die Konkurrenz auszuschalten und ihre Abnehmer zur Zahlung eines Monopolbeitrags zu zwingen. Auch die Händler bilden Ringe, in denen sie sich gegenseitig verpflichten, nicht unter einem bestimmten Preise zu verkaufen. Welche Bedeutung solche Verabredungen gerade in den Zeiten mangelnder Warenzufuhr haben, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden. Besonders wenn es sich dabei um die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel handelt, ist ein derartiges Verfahren geradezu gemeingefährlich.

Wie die Erfahrung der Kriegszeit lehrt, wenden die bereits bestehenden Produzenten- und Händlervereinigungen und solche, die sich erst während des Krieges in bestimmter Absicht gebildet haben, das Mittel der Preisvereinbarungen mit Vorliebe an. Sie unterlagen ihren Mitgliedern, die betreffenden Waren unter einem festgesetzten Mindestpreise zu verkaufen und bedrohen einen Verstoß gegen diese Verabredung mit hohen Konventionalstrafen. Bislang wurden diese Verabredungen als rechtsgültig, bindend und einlagbar angesehen, und es kam nicht selten vor, daß Gerichte Leute verurteilten, die die Preisverhöhnungen nicht mitmachen wollten. Neuerdings ist hierin eine Wandlung eingetreten, denn der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, wonach Verabredungen, die den Zweck verfolgen, für Gegenstände des täglichen Bedarfs übermäßigen Gewinn zu erzielen, unter Strafe gestellt werden. Allerdings wirft sich hier wieder die Schwierigkeit auf, im einzelnen Fall den Nachweis zu erbringen, daß durch die Verabredung ein übermäßiger Gewinn erzielt werden soll, da dieser Begriff sehr dehnbar ist. Da wäre es denn doch wohl am richtigsten, wenn ein Gesetz erlassen würde, daß den Vereinigungen die gemeinsame Festsetzung von Preisen im Bereich des Nahrungsmittelgewerbes überhaupt verboten würde.

Ein Hamburger Landgerichtsdirektor, Dr. Laferenz, tritt in einem Artikel in der „Deutschen Juristenzeitung“ für diese Forderung mit guten Gründen ein. Er schreibt: „Unsere Abgeschlossenheit vom weiten Ausland reizt zur Ausbeutung. Es wird nicht bezweifelt, daß gerade für manche alltägliche Nahrungsmittel der Verbraucher Preise zahlen muß, deren Höhe durch unsere wirt-

schaftliche Lage nicht gerechtfertigt ist. Die Möglichkeit aber, daß überhohe Preise dauernd durchgesetzt werden können, muß mindestens teilweise zurückgeführt werden auf den festen Zusammenschluß der Gewerbetreibenden. Leute mit kräftigerem Gewissen haben meist die stärkeren Meinungen. In Vereinigungen reifen sie leicht die Bogen mit sich, und ist ein Mehrheitsbeschluß erlangt, dann muß sich jeder unterwerfen. Was nützt es dem Zuwiderhandelnden, wenn ihm das Gericht in einem Prozeß bestätigt, die Preisvereinbarung habe gegen die guten Sitten verstoßen? Seine Berufsgenossen, mit denen ihn das Leben täglich zusammenführt, verfeimen ihn als Schleuderer, Preisdrücker, Schmutzkonkurrenten, den hierdurch auf ihn lastenden Druck wird kein gerichtliches Urteil von ihm nehmen, und wäre es noch so schön begründet. Für die Habgüchtigen bietet die Gegenwart eine so außerordentliche Versuchung zum Mißbrauch ihrer Macht, daß man für den Bereich der Nahrungsmittel die stärkste Möglichkeit der Betätigung, die gemeinsame Preisfestsetzung, durch Verbot verschließen sollte.“

Der Verfasser ist der Meinung, daß scharfe Verbote die beabsichtigte Wirkung haben würden, während die Konsumentenorganisationen ohne diese Unterstützung nicht imstande seien, die wie Blei und Schwefel zusammenhaltenden Lebensmittelverkäufer im Schach zu halten. Der Staat als die größte Organisation der Verbraucher habe die Pflicht, in allererster Linie diesen Abwehrkampf zu führen. Und in diesem Kampf sei neben der Beschlagnahme, der Festsetzung von Höchstpreisen, der Einrichtung von Preisprüfstellen und ähnlichen Maßnahmen besonders das Verbot von Preisverabredungen ein wirksames Mittel zur Abwehr. Der Staat habe bereits den Anfang gemacht, und er werde auch weitergehen. „Wir brauchen nicht zu bezweifeln, daß am Ende, wie der äußere Feind so auch der innere, der Volksausbeuter überwunden werden wird. Wenn kritischen Naturen dieser Kampf etwas langsam vorzurücken scheint, so sollte man nicht außer acht lassen, daß er in einem neuartigen Gelände geführt wird und deshalb die Taktik doch erst ausprobiert werden muß. Seien wir der Überzeugung, daß, wenn die bisherigen sanfteren Mittel nicht genügen, deren schärfere an die Reihe kommen werden!“ Das wäre allerdings sehr zu wünschen, denn mit den Preisverhöhnungen kann es in der bisherigen Weise nicht weitergehen. Wir gönnen gewiß jeder ehrlichen Arbeit ihren Lohn und wir haben auch nichts dagegen, wenn Produzenten und Händler einen realen Gewinn erzielen, aber was wir bis aufs Blut bekämpfen, das ist der „Kauff-Geiz“, wie sich der alte Rechtslehrer Samuel Stryd ausdrückte, der so teuer verkauft, wie nur möglich, und „der seinen Nutzen allein sucht, unangesehen, daß Land und Leute verderben“. In diesem rücksichtslosen Kampf gegen den Lebensmittelwucher, der aus der Massennot eine Goldgrube macht, wissen wir uns eins mit allen anständigen Volksgenossen. Und da muß uns jedes Mittel recht sein, wenn es dazu dient, der tausendköpfigen Schlange der Volksausraubung den Todesstoß zu versetzen.

### Ernstere Worte in ernster Zeit.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei haben dem Reichskanzler eine Zuschrift folgenden Inhalts übermitteln:

„Die Buchstabenbezeichnungen sind die bei den Notierungen üblichen Einteilungen nach Qualität des Viehes. Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unserer früheren Eingabe darauf hingewiesen, wie notwendig Höchstpreise für Vieh sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wüste Preisverhöhnung hervorrufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache aufwenden müssen. Nein, es ist die skrupellose Ausnutzung der Notlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. Das die Landwirte die freie Marktlage ausnutzen wollen, um diese Preise zu erzielen, widerspricht den Interessen des Landes; diese Bestrebungen müssen durch Festsetzung von Höchstpreisen zurückgedrängt werden. Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unbedingte Begehren von Leuten maßgebend sein, die immer nur im engen Saumkreis ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen verkennen wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als beklagenswert anerkennen.“

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter 2,10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mk. gestiegen. Schmalz und Müdenfett ist bis auf 2,40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1,90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preisverhöhnung noch nicht abzusehen; wir haben mit weiterem Hinausschrauben der Preise zu rechnen. Der Mangel an Fleisch und Fetten läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen wie-

halt der Armen, wie alle übrigen Fette und Fleisch. Kann es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an eiweiß- und fetthaltiger Nahrung, das heißt unterernährt ist?

Furchtbar sind die Klagen der Familien der Frontkämpfer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist. Verzweiflungsvoll wird die Lage, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmälert oder die Krankheit der Frau ihn vollständig aufhebt. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Verdienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den jetzigen Preisen ist es unmöglich; hier kehrt Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Leid, der Sorge und Angst um den, der draußen sein Leben einsetzt für das Wohl und Heile des Landes!

Mit allen den Notleidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessentengruppe gibt, die achtlos an diesem Jammer vorübergeht, ja, denen diese Preislage noch nicht hoch genug ist.

Klingt es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen, wenn heute eine Aktiengesellschaft nach der andern ihre hoch gesteigerten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekannt gibt? Das ist ein Beweis, wie skrupellos die wirtschaftliche Notlage ausgenutzt wird und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reiches ist.

Die Androhung mit dem Wuchergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schüßen uns nicht vor Preisverhöhnungen, weil der Wucher nicht zu fassen ist; der Schleichwege sind viele und die Grenzen für zulässige Ueberschneidung sind weit gezogen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage auf einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohnerhöhungen über 20 bis 30 Pf. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigere Frauennarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die aus der Bereitstellung der Gefangenen für die Großgrundbesitzer besonders erwachsen.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenutzt wird, geben uns die Viehpreise.

Nach der Preisberichtsabelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins vom 7. September wurden im August d. J. auf dem Berliner Schlachtwiehmärkte folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Zentner Lebendgewicht notiert:

	August 1915	August 1914
Ochsen	a) 74,38 Mk.	51,25 Mk.
	b) 64,—	45,88
	c) 55,—	40,83
	d) 55,—	40,83
Rinder	b) 83,19	52,17
	c) 74,88	47,17
	d) 66,38	39,50
	e) 173,75	48,31
Schweine	b) 169,54	48,71
	d) 163,29	47,—
	e) 146,—	44,—

Die Buchstabenbezeichnungen sind die bei den Notierungen üblichen Einteilungen nach Qualität des Viehes.

Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unserer früheren Eingabe darauf hingewiesen, wie notwendig Höchstpreise für Vieh sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wüste Preisverhöhnung hervorrufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache aufwenden müssen. Nein, es ist die skrupellose Ausnutzung der Notlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. Das die Landwirte die freie Marktlage ausnutzen wollen, um diese Preise zu erzielen, widerspricht den Interessen des Landes; diese Bestrebungen müssen durch Festsetzung von Höchstpreisen zurückgedrängt werden. Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unbedingte Begehren von Leuten maßgebend sein, die immer nur im engen Saumkreis ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen verkennen wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als beklagenswert anerkennen.“

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter 2,10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mk. gestiegen. Schmalz und Müdenfett ist bis auf 2,40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1,90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preisverhöhnung noch nicht abzusehen; wir haben mit weiterem Hinausschrauben der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fetten läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen wie-

bei der Brotversorgung. Wir sind uns dabei bewusst, daß diese Verteilung für die ärmere Bevölkerung wenig Wert hat, weil sie schon auf kleine Rationen gestellt ist, aber es muß den Wohlhabenden auch klar gemacht werden, daß Krieg ist und auch dort Einschränkungen gebieterisch gefordert werden.

Große Sorge bereitet uns die Milchproduktion und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmittel. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichsamt des Innern empfohlen, daß durch Vermittlung von dieser Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Anforderungen zurückzubringen. Unschonend ist nichts unternommen, denn wir haben bereits die beschränkte Preissteigerung. Im engen Zusammenhang damit steht die Verteuerung der Fabrikgerste. Der hohe Preis von 350 Mt. für die Tonne, die der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Gerste-Verwertungsgesellschaft vereinbart hat, bringt für den Landwirt den Anreiz, seine Gerste zu verkaufen, anstatt sie für die Viehhaltung zu verwenden. Mit der weiteren Steigerung des Wertes der Gerste wird neuer Anreiz für die höheren Viehpreise gegeben.

Eine andre Folge dieser rücksichtslosen agrarischen Bestrebungen ist, daß für gebrannte Gerste und für Graupen hohe Preise angelegt werden müssen. Gerade Nahrungs- und Genussmittel der ärmeren Volksklassen werden hier durch Preistreiberi besonders getroffen.

Für gebrannte Gerste betrug der Preis vor dem Kriege 20 Pf. das Pfund, gegenwärtig 60 Pf. Der Arme muß 200 Prozent mehr zahlen für seinen Kaffeekaffee, während der Reiche für seinen Kaffee 5 Prozent Aufschlag zahlt. Alles das geschieht, ohne daß von der Regierung diesem Treiben mit Erfolg Widerstand entgegengesetzt worden wäre.

Die Antwort, welche Eure Erzellenz dem Vorstande der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erteilt hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwierige Lage namentlich der unermittelten Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern.

Die bisher ergriffenen Maßregeln erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besonderen Gebiet gewiß mancherlei Gutes schaffen, zu einer wirklichen Bekämpfung des Lebensmittelwunders wird auch sie nicht imstande sein.

Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der günstigen Ernte hat die Bevölkerung ein Anrecht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle andern Nahrungsmittel die Kartoffel für die ärmere Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend eruchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie sichern den Unternehmungen nur unerhöhte Gewinne. Die hohe Preislage für diese Produkte dient nur zur höheren Bewertung der Fabrikartikeln und damit wieder zu Preistreiberi für die Kartoffel.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen, aber diese Preise gehen weit über berechnete Ansprüche hinaus; sie bedeuten Kriegsgewinne, und nicht geringer Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

Wie die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel in Haushalt gesiegen sind, das mag folgende Tabelle veranschaulichen:

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Kleinhandelspreis pro Pfund im

Table with 4 columns: Item, August 1913, August 1915, Steigerung in %. Lists various food items like Kartoffelmehl, Roggenmehl, etc.

Wir betonen noch einmal, daß die Preissteigerung, die uns die unheimliche Lebensmittelnot anzeigt, unsere Volksernährung in ernste Gefahr bringt. Das zu verhindern, bedarf es, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken aufkommen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine solche politische Interessengruppe im Reich richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu erträglichen Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen.

Aus der Industrie

Moralbegriffe und Profit.

Der ungeheure Bedarf an Sprengmitteln, die zur Führung des Weltkrieges notwendig sind, ist bisher, wenn auch unter erheblichem Aufwande von Geldmitteln, gedeckt worden. Die Zentralmächte, von jeder Einfuhr abgeschnitten, waren auf ihre eigene Kraft angewiesen. Dank den Bemühungen deutscher Chemiker wurde ein Zurückgreifen auf geeignete Ersatzstoffe für die Sprengstofffabrikation ermöglicht, und manches Zwischenprodukt, das in Friedenszeiten in schillernde Farben verwandelt wurde, findet kurzerhand Verwendung als Explosivstoff. Unsere Gegner sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft sich mit der nötigen Munition zu versorgen; sie bedürfen der Mithilfe Amerikas und Japans, und da die Auslandszufuhr nicht in einschneidender Weise behindert wird, so machen sie in ausgiebiger Weise von dem Versorgungsangebot Gebrauch. Natürlich geht den smarten Dantees wie den Kapitalisten aller Länder der Profit über alles. Sie nutzen die Gelegenheit weidlich aus und lassen sich ihre Ware vom Bierverband förmlich mit Gold aufwiegen. Die glänzenden Kriegsgewinne locken natürlich zu Neugründungen. Nach den letzten Meldungen wurden in Amerika fünf Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von rund 15 Millionen Mark zur Herstellung von Sprengstoffen gegründet. Außerdem sind zahlreiche teils sehr große Betriebe zur Sprengstoff- und Schießstofffabrikation übergegangen. Die Kriegs- und Marineminister haben einer Anzahl älterer Offiziere gestattet, den Dienst zu quittieren, damit sie hochbezahlte Stellen als Sachverständige in diesen Fabriken übernehmen können. Der Schiffsbauer Nixon ließ eine Schießbaumwollfabrik in ganz kurzer Zeit errichten. Er bekam einen großen Auftrag von der britischen Regierung und beschäftigte anfangs 500 Arbeiter. Diese Zahl soll auf 2000 Mann erhöht werden. An diesem Beispiel, das sich auf zahlreiche andre Neugründungen anwenden läßt, soll nur gezeigt werden, daß der Reiz der amerikanischen Kapitalisten ganz besonders blüht und zur Erhöhung der Schuldenlast des Bierverbandes beitragen wird. Zum weiteren Nachweis der lebhaften Beschäftigung amerikanischer Sprengstofffabriken noch einige Zahlen. Es wurden aus den Vereinigten Staaten ausgeführt:

Table with 4 columns: Item, 1913, 1914, davon in den fünf Kriegsmonaten. Lists Patronen and Andre Sprengstoffe.

Diese Zahlen beweisen den abnormen Anstieg der Ausfuhr seit Kriegsbeginn, die ausschließlich den Mächten des Bierverbandes zugute kommt. Vom rein geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet, kann man es den amerikanischen Sprengstoffkapitalisten nicht verargen, wenn sie diese Gelegenheit der Profitmacherei ordentlich ausnützen. Sie befinden sich da in angenehmer Uebereinstimmung mit den Profitjägern der deutschen Sprengstoffindustrie, welche die kriegsführenden Völker anderer Länder zu gegebenen Zeiten auch mit Schieß- und Sprengbedarf versorgen. Alle Entrüstung über die Moral amerikanischer Sprengstoffunternehmer fällt größtenteils auf die Unternehmer der deutschen Sprengstoffindustrie zurück. Hier kann nur ein internationales Uebereinkommen aller Sprengstofffabriken helfen, indem sie sich verpflichten, den im Kriege befindlichen Nationen keine Munition zu liefern, oder aber ein internationales Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munition nach kriegsführenden Ländern.

Zur Herstellung von Dynamit und andern besonders stark wirkenden Sprengstoffen ist Nitroglyzerin erforderlich. Letzteres wird jetzt in den genannten Mengen und möglichst schnell verbraucht, so daß zurzeit eine Knappheit dieses Artikels eingetreten ist. Als Rohmaterial kommen Salpetersäure und Glycerin in Frage. Letzteres entsteht bei der Seifenherstellung bzw. bei der Fettsäurefäulung. Deutschland ist in Friedenszeiten auf ausländische Zufuhr von Fetten und Ölen angewiesen. Zurzeit haben wir eine Fettnot. Man sollte nun annehmen, daß die Bierverbandmächte im Glycerinüberschuß erhitzen müßten. Das trifft jedoch nicht zu. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wird die Glycerinbeschaffung für England immer schwieriger. England führte in Friedenszeiten große Mengen Glycerin ein; jetzt steigt die Nachfrage von Tag zu Tag. Die Besitzer von Borräten halten mit der Abgabe in der Erwartung höherer Preise zurück und haben dabei nicht verkehrt spekuliert, da auch im neutralen Ausland Glycerinmangel eintritt. So ging zum Beispiel vor kurzer Zeit eine Notiz durch die Presse, die die Glycerinnot in Amerika behandelt und acht kapitalistische Vorschläge zu ihrer Beseitigung enthält. Sie lautet im Auszuge:

„Vorschlag. Der gesamte Vorschlag, die Körper der auf den Weltmärkten in Europa gefallenen Substanzen zur Herstellung von Nitroglyzerin zu brennen, wurde von den Mitgliedern der „Royal Navy-Glycerin-Manufaktur“ angenommen, die hier verammelt sind, ernstlich diskutiert als ein Mittel, um die Produktion von Glycerin zu vergrößern. Die Delegierten sagen, daß trotz den gesteigerten Verbrauch von Glycerin, infolge des Krieges in Europa, der Bedarf der Vereinigten Staaten in 90 Tagen erschöpft ist.“

Selbst das Glycerin in unserem Lande aufgebraucht sein, so würde das nicht nur einen bestimmten Einfluß auf den Krieg haben, auch bestimmte Arbeiter in diesem Lande müßten eingestellt werden. Einer der Delegierten sagte: Glycerin wird nur von einer Sache hergestellt, von der niemand mehr hat; und da ist kein anderer Weg, die Produktion zu vergrößern, als die Verwendung von gefallenen Soldaten und Pferden von der Schlachtfelder Europas.“

Selbst die Phantasie eines Sündensündenreißers ist kaum imstande, solchen Vorschlägen zu folgen. Ueber Begriffe der Plebejät und Moral legt sich die heilige Götterhand, nur Gold und abermal's Gold, und sei es über den Weg der Beizenscheidung, für die Lösung. Wenn unsere Maschinen und Kanonen vergrößerter Zeiten Menschenheit als Heilmittel verwenden, so täten sie es — wenn auch mit fraglichem Erfolg —, um kranken Menschen zu helfen, also wirtschaftliche Werte zu erhalten. Aus purer Profitgier und lediglich zu Zwecken der Zerkünderung volkswirtschaftlicher Werte menschliche Felle zu verwenden, geht über alle Begriffe der Moral, auch dann, wenn man die Verwendung solcher Felle als legitimes vaterländisches Opfer der Gefallenen bezeichnen würde. Mit Absicht und tiefem Bedauern müssen wir feststellen, daß im Zeitalter des Kapitalismus und der Zivilisation“ Vorschläge aufstehen und ernsthaft besprochen werden, die nicht einmal der Moral weichenentsprechender Sammelkasten Eingriffe machen würden.

Ein gefährliches Beginnen.

Laut § 31 der Unfallverhütungsvorschriften der Papiermachereiberggenossenschaft dürfen junge Arbeiter unter 16 Jahren in keinem Fall zur Bedienung von Papiermaschinen, Pappenmaschinen, Bappentrockenmaschinen, Habernschneidern, Kreis- und Handbögen, Hobel-, Holzschäl-, Holzspalt- und Holzfräsmaschinen, Schneidemaschinen und dergleichen gefährlichen Maschinen verwendet werden. (Das Putzen, Schmieren usw. ist der Bedienung nicht gleich zu achten.)

Um nun dem durch den Kriegszustand herbeigeführten Arbeitermangel auf leichte und billige Art abzuhelfen, fordern verschiedene Unternehmer die Berufsgenossenschaft auf, den § 31 der Unfallverhütungsvorschriften aufzuheben und so das Feld freizumachen für die Beschäftigung Jugendlicher an gefährlichen Maschinen. Der Kreis der Freunde für Beseitigung dieses Paragraphen scheint ein ziemlich großer zu sein, weshalb die Berufsgenossenschaft in den Fachzeitschriften folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Papiermacher-Berufsgenossenschaft. Bekanntmachung.

Aus Kreisen unserer Mitglieder ist mit Rücksicht auf den durch den Krieg bedingten außerordentlichen Arbeitermangel der Wunsch geäußert worden, daß die Beschäftigung jugendlicher männlicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen, insbesondere an Papier- und Pappenmaschinen, die nach § 31 der Unfallverhütungsvorschriften verboten ist, für die Dauer des Krieges zugelassen werden möge.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß nach § 60 der Unfallverhütungsvorschriften der Genossenschaftsvorstand Betriebsunternehmer auf ihren Antrag und nach gutachtlicher Prüfung des Sektionsvorstandes von der Befolgung der erwähnten Vorschrift entbinden kann, wenn durch dieselbe der Betrieb wesentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht würde.

Einige Anträge sind an den zuständigen Sektionsvorstand zu richten. Mainz, den 7. Oktober 1915.

Der Genossenschaftsvorstand. Adolf Schinkel, Vorsitzender.

Nach dieser Bekanntmachung will die Berufsgenossenschaft das Verbot der Beschäftigung Jugendlicher zwar nicht aufheben, zeigt aber zugleich den Unternehmern einen Weg, auf dem es möglich ist, ohne viel Aufsehen die Gültigkeit dieses Paragraphen außer Kraft zu setzen. Wir möchten vor einem derartigen gefährlichen Beginnen dringend warnen und hoffen, daß die Sektionsvorstände keine Genehmigung zur Beschäftigung Jugendlicher an gefährlichen Maschinen erteilen. Die Arbeit an den komplizierten und schnelllaufenden Papiererzeugungsmaschinen erfordert eine aufmerksame, flug berechnende Bedienungsmannschaft und keine noch in den Kinderschuhen stehenden jugendlichen Personen. Die schon seit 10 Jahren ständig steigenden Unfallziffern beweisen die Gefährlichkeit der Beschäftigung an diesen Maschinen. Dieser Krieg hat wahrlich schon genug Krüppel hervorgebracht, so daß es uns vollkommen überflüssig erscheint, auch noch den Nachwuchs durch die Industrie verkrüppeln zu lassen. Viel wichtiger würden wir es halten, wenn die Unternehmer der Papierindustrie ihr Augenmerk mehr der Wiederbeschäftigung Kriegsverletzter, soweit letztere hierzu noch in der Lage sind, zuwenden würden.

Schon wieder ein Kriegsverletzter verunglückt.

Am Sonnabend, dem 9. Oktober, ereignete sich in der Haffener Papierfabrik in Heidenau ein sehr bedauerlicher Unfall. Der Kalandrierer M. Lütlich aus Mägden wollte das Papier, welches um die Walzen gelassen war, abwaschen. Das Papier war zu nah geschichtet und blieb deshalb an den Walzen kleben. In dieser Arbeit mußte er die linke Hand nehmen, weil ihm die rechte Hand im Kriege verletzt worden ist. Er ist im Januar vom Militär deshalb entlassen worden. Bei dem Abwaschen geriet Lütlich mit der linken Hand oberhalb der Schutzleiste zwischen die Walzen, wobei ihm das Handgelenk und ein Teil des Unterarms gequetscht worden sind. Ob die Hand, welche selbst wenig gequetscht ist, erhalten werden kann, ist sehr fraglich. Wenn die Maschine nicht sofort abgestellt worden wäre, hätte es ihm den ganzen Arm hineingedrückt.

Das ist seit kurzer Zeit schon der zweite und gemeldete Fall, daß Kriegsverletzte an einer Papiermaschine zu Schaden kommen, weil sie nicht mehr in vollem Gebrauche ihrer Glieder sind. Solche Fälle legen die Frage nahe, ob bei der an sich sehr loblichen und durchaus wünschenswerten Wiedereinstellung Kriegsverletzter immer die gebührende Rücksicht auf ihren Körperzustand genommen wird.

Ortskrankenkassentag.

In Frankfurt a. M. fand am 11. Oktober die diesjährige Tagung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen statt. Die Kriegszeit berückichtigend, war die Tagung nicht so stark besucht, wie die üblichen Hauptversammlungen des Verbandes. Es waren nur Vertreter der Ortsverbände und einzelner größerer Ortskrankenkassen anwesend: 100 Delegierte gegen sonst umg. 400, die eine sehr umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatten.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung: die Tätigkeit der Ortsverbände und die Neuordnung ihres Verhältnisses zum Hauptverband sprach Verbandsvorsitzender Fräßdorf. Er hob die Notwendigkeit von Satzungsänderungen des Verbandes hervor. Die Organisationsgrundlage des Verbandes ist gegenwärtig eine teils zentralistische, teils föderative. Neben der unmittelbaren Mitgliedschaft der Ortsklassen besteht die Mitgliedschaft von Landes- und Provinzialverbänden, wodurch gleichzeitig eine mittelbare Mitgliedschaft der diesen Verbänden angehörenden Ortskrankenkassen gegeben ist. Diese Grundlage war für den Aufbau des Hauptverbandes sehr wertvoll, wirkt aber jetzt für seine weitere Ausbreitung sowohl, wie für die der Ortsverbände. Die Organisationsgrundlage soll daher einheitlich, und zwar zentralistisch, gestaltet werden. Reichstagsabgeordneter Bauer (Berlin) wandte sich in der Aussprache gegen den Vorschlag, daß als Aufgabe der Ortsverbände auch die Vorbereitung der Wahl der Richter zu den Versicherungsämtern, Oberberichterstattungsämtern und Schiedsämtern angesehen werde. Bisher hätten die Vorbereitungen für diese Wahlen die wirtschaftlichen Verbände getroffen, die auch die Wahlermassen stellten. Die Krankenkassen könnten nicht Aufgaben übernehmen, die ihnen nicht zustehen und die sie auch nicht durchführen könnten. Ein anderer Redner wies darauf hin, daß man bei Durchführung der beanstandeten Bestimmung Konflikte mit den Gewerkschaften erhalten würde.

Fräßdorf hielt die vorgedachten Bedenken für berechtigt und gab die Bestimmung preis.

Der Vorstand wurde beauftragt, unter Berücksichtigung der Wünsche der nächstjährigen ordentlichen Jahresversammlung einen Entwurf zu unterbreiten.

Bericht über den Stand der Mitglieder gab hierauf Fräßdorf. Er bemerkte, daß auch auf diesem Gebiet Burgfrieden waltete. Das Abkommen mit den letzten Befriedigenden ja nicht, sei aber im inneren Kern gut. Es komme nicht so sehr auf den Zeit als auf die Durchführung an. In verschiedenen Orten hätten sich Konflikte entwickelt. Bei der Entsendung von Vertretern in die Schiedsämter müsse mehr Gewicht darauf gelegt werden, die geeigneten Personen zu delegieren. Die Abfindung der „Kriegsärzte“ (der Ärzte, die beim Verbleiben in Kasernenstellungen annehmen) hätte in letzter Zeit eine Beschleunigung erfahren. Der Vorstand sehe auf dem Standpunkt, daß man diese Notthäter nicht übermäßig hoch, aber auch nicht mit einem Kränzelschönbein. Der Vorstand wünsche einseitig der „Notthäter“ günstige Erledigung. Ueber die Auslegung der Vereini-

barungen bestanden eine Reihe kritischer Fragen, die im Zentralausschuß gelöst werden müßten.

Justizrat Dr. Mahler (Frankenthal) referierte sodann über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, der für die Kriegsteilnehmer besonders Interesse hat: "Ersatzanspruch der Krankentassen aus den Kriegsfolgen und Mitwirkung bei Bewältigung der Kriegsschäden; insbesondere bei Beschädigung der Geschlechtskrankheiten."

Die Ortskrankentassen sind bereit, der Fürsorge gesundheitsbeschädigter, in die Heimat zurückkehrender Kriegsteilnehmer ihre Verwaltung und ihre Einrichtungen weitmöglichst zur Verfügung zu stellen.

Der Ersatzanspruch der Krankentassen ist reichsrechtlich zu regeln. Zu erfolgen hat:

1. Die Krankentassen sind bereit, der Fürsorge gesundheitsbeschädigter, in die Heimat zurückkehrender Kriegsteilnehmer ihre Verwaltung und ihre Einrichtungen weitmöglichst zur Verfügung zu stellen.

2. Um die Fürsorge für gesundheitsbeschädigte Kriegsteilnehmer wirkungsvoll zu gestalten, ist ergänzende Zusammenarbeit zwischen der Militärverwaltung, den Trägern der Invalidenversicherung und den Krankentassen erforderlich.

Solange das Rentenfeststellungsverfahren bei anspruchsberechtigten Kriegsteilnehmern noch nicht abgeschlossen ist und solange die Beschädigungen noch Heilbehandlungen erfordern, hat die Militärverwaltung die Krankentassen selbst zu leisten und zu tragen.

Die Fürsorge für Kriegsteilnehmer, die nach der Entlassung aus dem Heeresdienst als invalide im Sinne des § 1255 R.-B.-D. gelten oder bei denen ein Heilverfahren nach § 1269 R.-B.-D. eingeleitet werden kann, übernimmt alsbald der Träger der Invalidenversicherung.

3. Den Krankentassen werden aus den als Kriegsfolgen anzusehenden Versicherungsfällen voraussichtlich hohe Aufwendungen erwachsen, auch dann, wenn ihnen ein besonderer Sagananspruch eingeräumt wird.

Am Schluß seiner Ausführungen besprach der Referent die Reichswochenhilfe, die eine sehr großzügige Einrichtung sei. Es müsse grundsätzlich die Fortführung und der Ausbau der Wochenhilfe gefördert werden.

In der Aussprache wurde allgemein den Zeitfragen zugestimmt. Am 26. Oktober wird im Reichsversicherungsamt eine Konferenz über diese Fragen mit den beteiligten Kreisen stattfinden.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes in Krankenversicherungssachen unterzog Fräulein Hoff einer kritischen Beleuchtung. Es seien in der letzten Zeit Urteile des R.-B.-A. ergangen, die den Vorstand mit großer Verwundung erfüllt hätten.

Der Vorstand habe darum Rücksprache mit dem R.-B.-A. genommen. Fräulein Hoff besprach die einzelnen Fragen. Zunächst handelte es sich darum, daß freiwillige Mitglieder zu jeder Zeit die Beitragsklasse ändern können.

Die neuen Auslegung habe den Zustand, den der § 213 R.-B.-D. gegeben habe, nur noch verschärft. Der Vorstand habe das Reichsversicherungsamt gebeten, in solchen wichtigen Fragen den Vorstand zu hören.

Der Vorstand habe dem Reichsversicherungsamt gebeten, in solchen wichtigen Fragen den Vorstand zu hören. Der Reichsversicherungsamt habe zugestimmt, daß zu tun. Nachher besprach dann die Rechtsprechung zugunsten der zum Heeresdienst Einberufenen.

Es sei nunmehr so, daß die Soldaten als erwerbslos im Sinne des § 214 gelten, wenn sie in den ersten drei Wochen erkrankten. Es haben dann Anspruch auf Kranken- und Sierbegeh.

In der Diskussion vertrat Justizrat Dr. Mahler den Standpunkt, daß die bestetzten Gebiete nicht als Ausland angesehen werden könnten. Dem widersprach unter lebhafter Zustimmung Graf (Frankfurt a. M.).

### Unser Verband in der 62. Kriegswoche.

Für die Woche vom 4. bis 10. Oktober haben 287 Zahlstellen berichtet, das sind 25 weniger als in der Vorwoche. Die berichtenden Zahlstellen hatten bei Kriegsausbruch 170 810, am Ende der 62. Kriegswoche noch 79 420 Mitglieder.

Arbeitslos waren 121 männliche und 483 weibliche, insgesamt 604, gleich 0,7 vom Hundert aller Mitglieder. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren 0,2, von je 100 weiblichen 2,7 arbeitslos.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erbracht hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingehandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtsstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November	9 293	6,3	51 581	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 550	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,3	71 883	39,4
5. Juni	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	803	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 412	45,8
11. "	815	0,8	84 218	46,4
18. "	692	0,7	84 193	46,4
25. "	700	0,7	85 415	47,5
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
9. "	734	0,7	86 117	47,8

## Unsre Angestellten im Kriege.

Von den Angestellten unsres Verbandes waren am 1. Oktober dieses Jahres 91 zum Heeresdienst eingezogen. Davon waren 6 Mitarbeiter im Bureau des Hauptvorstandes, 6 Gauleiter und 79 Beamte in den Zahlstellen. Bei Kriegsausbruch zählte der Verband 211 Angestellte; es sind demnach 43,13 Prozent aller Angestellten zum Heeresdienst eingezogen.

Gefallen sind bisher von unsren Angestellten die Kollegen Göthe (Tilsit) und Schuster (Barmen). Göthe ist seit dem 1. März 1910, Schuster seit dem 1. Februar 1913 im Verbande angestellt. Beide waren eifrig und erfolgreich bemüht, das in sie gesetzte Vertrauen der Mitglieder zu rechtfertigen.

Vermisst ist schon seit September des Vorjahres Kollege Alberti, Hilfsarbeiter im Hauptbureau. Da bis jetzt ein Lebenszeichen von ihm nicht eingegangen ist, alle Nachfragen und Ermittlungen erfolglos waren, müssen wir leider befürchten, daß auch Alberti, der ein ganz besonders tüchtiger und strebsamer Kollege war, ein Opfer des Krieges geworden ist.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Dresden. Unsre Zahlstelle kann auch im dritten Quartal unter Würdigung aller Verhältnisse von einem befriedigenden Ergebnis in der Finanzgebarung, dem Mitgliederstand und der Bemühung, die Lebenslage der Kollegen nach Kräften zu verbessern, berichten.

Der Marlenverkauf ist ein der Mitgliederzahl durchaus entsprechender und steht dem in anderen Quartalen erzielten nicht nach. Die Einnahme der Sammlungen betrug 13 045,30 M., die der Beiträge 6733,68 M. Der Restbestand ist um ein geringes zurückgegangen, was auf die Unterhaltungen bei in Not geratenen Kriegsgeheimen und Neuanstellungen anlässlich der Ueberstellung in das neue Bureau zurückzuführen ist.

Neue Mitglieder wurden 138 gewonnen, ein Zeichen, daß auch in der Kriegszeit der Verband die Werbetätigkeit nicht eingebüßt hat. Wichtig man alle Widerstände, die gegenwärtig bei der Agitation zu überwinden sind, so kann das Ergebnis als nicht allzu ungenügend betrachtet werden. Und berücksichtigt man, daß uns nur noch wenige Kräfte zur leitenden Arbeit zur Verfügung stehen, kann man sogar zufrieden sein.

Der Beschäftigungsgrad in den uns zugehörigen Industriezweigen war, abgesehen von der Zigaretten- und Zigarrenindustrie, zufriedenstellend. In einigen Industrien macht sich ein Mangel an männlichen Arbeitskräften bemerkbar, der veranlaßt, daß in einigen Betrieben ruffähige Kriegsgefangene eingestellt sind, in anderen solche zur Einstellung gelangen sollen.

Leider sind die Preise für Lebensmittel und wichtige Bedarfsartikel weiter gestiegen. Bei manchen Artikeln, beispielsweise bei der Butter, waren an manchen Tagen wiederholte Preissteigerungen zu bemerken. Kein Wunder, daß die Kollegen der verschiedenen Betriebe immer und immer wieder versuchen mußten, die Meßkosten durch Lohn erhöhungen oder Teuerungszulagen wegzumachen!

Auch auf diesem Gebiete sind wieder einige Erfolge zu verzeichnen, aber auch Fälle, wo trotz der für die Arbeiterklasse schwierigen Verhältnisse kein Einsetzen vorhanden war. Die Kollegen der Seifen- und Industrie werden sich, nachdem sie in einer Branchenversammlung zu den veränderten Verhältnissen Stellung genommen hatten, teils durch die Verhandlung, teils durch Kommissionen an die Unternehmer, und erzielen in allen Fällen einen Erfolg.

Im Steinschlag wurde in Hermsdorf blieb die Bewegung im Stadium des Verjages. In diesem Betriebe wurden jugendliche Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

Die arbeitslosen Arbeiter im Alter von 16 Jahren an für einen Stundenlohn von 27 bis 33 Pf. beschäftigt, die dieselbe Arbeit wie Erwachsene verrichten mußten. Auf ihre Eingabe antwortete die Firma, daß sie den Erwachsenen keinen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen könne.

die Arbeiterschaft sofort zu den Lohnverhältnissen Stellung und beauftragte die Verhandlung, der Firma das Ersuchen zu übermitteln, eine den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragende Teuerungszulage zu gewähren.

Die Firma antwortete, daß sie die Angelegenheit mit einer von der Arbeiterschaft frei gewählten Kommission erledigen werde. Da es uns auf den Verhandlungsmodus nicht ankam, rieten wir der Arbeiterschaft, eine Kommission zu wählen, um zu prüfen, ob es die Geschäftsleitung wirklich eifrig meine. Die Kommission wurde denn auch zu Verhandlungen bestellt; es fanden jedoch keine statt, sondern Herr Direktor Wiener hielt eine ungenügende Strafpredigt, daß man sich erdreiste, an den Verband zu gehen, von dem man doch gar nicht sagen könne, ob er die Interessen der Arbeiterschaft wirklich vertrete.

Recht interessant gestaltete sich die Teuerungsbewegung in den Ungenerwerten. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes mußte nach Ausbruch des Krieges schwere Kräfte bringen, indem nur an vier Tagen in der Woche gearbeitet wurde. Sie glaubte, bei der Bessergestaltung der Verhältnisse ein Anrecht auf höhere Löhne zu haben, nahm in einigen Versammlungen zu den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Stellung und beauftragte die Verhandlung, die notwendigen Schritte zur Erlangung einer allgemeinen Teuerungszulage einzuleiten.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden. Die Alfordlöhne sind in keiner Abteilung aufgebessert worden, wohl aber waren in einer Abteilung (Gartspiritus) Alfordlöhne zu verzeichnen.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Die Firma behauptet also, daß sie fast allgemein Zulagen gewährt habe. Nach unsren Feststellungen trifft das aber nicht zu, sondern es sind nur in vereinzelten Fällen recht mäßige Zulagen gewährt worden.

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1915.

Table with columns for 'Gau', 'Zahl Stellen', 'Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals', 'Zu- oder Abnahme gegen das 2. Quartal', 'Arbeitslose Mitglieder am Orte', and 'Von den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung'. It lists data for various regions like Gau 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15.

Folgende Zahlstellen haben trotz Mahnrufe die statistische Verichtsliste nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Burgdorf, Hameln. Gau 2: Sarby, Klierwerba, Wählberg, Schmiedeberg. Gau 3: Kojin. Gau 4: Flau. Gau 5: Pofen, Wogorowiz. Gau 6: Radowiz. Gau 7: Ramenz. Gau 8: Gardschhausen. Gau 9: Trifflerentz, Weiffenburg. Gau 11: Freiburg, Gengenbach, Mühlhausen i. G., Pforzheim, Rheinfelden, Sulgau, Schopfheim, Wangen. Gau 12: Altkirchheim, Ostersheim. Gau 13: Fülba, Föhr-Grenzhausen. Gau 14: Krefeld, Neuwied. Gau 15: Obenburg, Mendelsburg.

Leider stehen wir wegen einer andern Angelegenheit bereits wieder im Streit mit der Firma. In der während des Krieges neu eingerichteten Abteilung, in der ein Blausinter hergestellt wird, lassen die hygienischen Einrichtungen sehr viel zu wünschen übrig. Hoffentlich sorgt Gz. Lingner dafür, daß dort bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Die Arbeiterin der Farbenfabrik von Gleitsmann erhielt auf Vorkostigwerden eine weitere Lohnzulage von 1 M. pro Woche. Ausgeschlossen wurden zunächst diejenigen, deren Lohn bereits 23 M. beträgt. Dieser Lohn reicht zum Leben aus, wurde gesagt, mehr könne man nicht geben. In Berlin würden bei derselben Arbeit Frauen beschäftigt, die einen Lohn von 12 M. erhielten. Nach längerem Verhandlungen ist auch an die Bezüher dieser höheren Löhne die Zulage gewährt worden. Bei dieser Gelegenheit können wir nicht unterlassen, einige von den zunächst Ausgeschlossenen daran zu erinnern, daß sie bei der letzten Lohnbewegung so waren, die verhindern, daß die Löhne höher gestellt werden könnten, weil sie auf die Frage, ob der Lohn genügend sei, mit Kopfnicken und einem lauten Ja antworteten. Wenn man höflich wäre, könnte man eine helle Schadenfreude über die Mißachtung haben.

Die Arbeiterin der Kumpfleberfabrik mußte sich wiederholt gegen rigorose und ungerechte Behandlung wehren. In diesem Betriebe sind infolge des Mangels an männlichen Arbeitskräften recht viel Frauen eingestellt worden, und ein Ableitungsmaschine - Gipsig heißt der Biere - macht sich diese Gelegenheit zunutze, den starken Mann zu spielen. Beispielsweise, Drohungen mit Entlassung, Entlassungen ohne jeden Grund und an der Tagesordnung. Als in einer Versammlung dazu Stellung genommen wurde, verteidigt der Herr sich zu der Meinung: 'Ihr könnt noch zwanzig Versammlungen machen, wenn ich sage, die Ware taugt nichts, dann taugt sie eben nichts!' Krakel also unter allen Umständen! Leider findet dieser Herr bei der Direktion noch Hilfe, und es wird weiteren Eingreifens bedürftig, um auch in diesem Betrieb Ordnung zu schaffen. Auch Herr Direktor Heije wird sich damit abzugeben haben, daß die Organisation in seinem Betriebe nun einmal besteht, selbst wenn er jehmal erklärt: 'Gerade, weil sie sich an die Verbandsleitung gewendet haben, kam ich Zugeständnisse nicht machen.' Also ihr macht sofort, das müßt ihr nun mal empfinden.

Gem. wäre noch mehr unternommen worden, denn wir haben noch Betriebe, die sehr wohl in der Lage wären, eine Zulage zu gewähren; leider aber weigern sich die dort Beschäftigten nicht.

Eine am 9. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung sprach über die Angelegenheit darüber aus, daß es auch in der verlassenen Quartal möglich war, vorwärts zu kommen und zu zeigen, daß der Verband noch lebensfähig ist. Weiter wurde Stellung genommen zu der beschuldigten Gewährung einer Weihnachtsunterstützung. Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Vorstandes zu und beschloß nach eingehender Begründung durch den Kollegen Richter und nach einiger anschließender Debatte, einen Beschlus von 2 bis 4 M., je nach der Einkommenshöhe, zu gewähren, und trat begeistert dem Beschlusse der Versammlung, für die Zweck der Weihnachtsunterstützung einen freiwilligen Extrabeitrag zu erheben, einstimmig bei. Damit haben die Arbeiter Kollegen bewiesen, daß die alte Opferbereitschaft selbst in den jetzigen bedrückten Zeiten nicht erlahmt ist, sondern nach wie vor besteht. Der Beschlus zeigt so recht, daß unsere Kollegen die Solidarität recht begriffen haben, denn nichts anderes als Solidaritätsbewegung ist es, wenn die Darlehennehmern nicht nur an die dringenden unter jüngerem Entschloßenen kämpfenden Kollegen denken, sondern sich verpflichten, zur Unterstützung der Familien von ihrem eigenen Einkommen ein Opfer zu bringen. Was unsere dringenden Kollegen? Sie werden von neuem die Unterstützung gewinnen, daß die Organisation ist, was in ihren Kräfte steht, und sie werden sich, sobald ihnen bekannt wird, was der Verband zu beschließen plant, von neuem geloben, nach ihrer glücklichen Rückkehr sofort zur Hilfe der Organisation sich neu zu verpflichten. Ein Gebotnis, was nur zu begrüßen ist und daraus im Interesse der Gesamtheit liegt, denn unser Verband hat gezeigt, daß er ist.

Eine Wehr, durch Kampf geführt, im Sturm unerschütterlich und fest!

Helferhand. Der Krieg hat uns viele neue Aufgaben gestellt. Eine Zeitung war notwendig, um die Interessen der deutschen Arbeiter zu vertreten. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterbewegung, und dort anschließende Differenzen haben uns Schwierigkeiten, mit den deutschen Kollegen persönlich in Verbindung zu treten. Da wir am Orte mehrere große Fabriken haben, haben wir es an einer Initiative zur Gewinnung neuer Mitglieder nicht fehlen, zumal die Löhne und die Beschäftigungslagen dort viel zu wünschen übrig lassen. Ein Punkt an dem den Beschäftigten nicht egalere Arbeiter, den Verbandsorganisation, und auch geistig, und eine spirituelle Zielsetzung, die wir auch in der Zukunft verfolgen wollen, ist die Bekämpfung der Alkoholkrankheit. In dem hier ein Dutzend hundert Mitglieder, und eine spirituelle Zielsetzung, die wir auch in der Zukunft verfolgen wollen, ist die Bekämpfung der Alkoholkrankheit. In dem hier ein Dutzend hundert Mitglieder, und eine spirituelle Zielsetzung, die wir auch in der Zukunft verfolgen wollen, ist die Bekämpfung der Alkoholkrankheit.

in den Fleischkonzernefabriken gezahlt. Andre größere- und kleinere Betriebe sind diesem Beispiele gefolgt. Den hiesigen Kollegen möchten wir ans Herz legen, doch hierzu die Versammlungen zu besuchen. Denn es macht der Disziplinierung wirklich keine Freude, leere Stühle zu sehen, wo doch jeder Kollege das Recht und die Pflicht hat, an dem Ausbau des Verbandes und an der Besserung dringender Forderungen mitzuwirken.

Köln a. Rh. Trotz der überreichen Gewinne, die in den Sprengstoffabriken in der gegenwärtigen Zeit erzielt werden, haben die Arbeiter in solchen Betrieben ständig unter Lohnabzügen zu leiden. Schon in mehreren Betrieben mußten wir einschreiten, um Lohnabzüge und sonstige Verschlechterungen abzuwehren. Auch auf der Dynamitfabrik in Wahn haben die Arbeiter mit händigen Neuerungen und Lohnabzügen zu rechnen. Den Arbeitern in der Abteilung Schmelzerei wurde ein täglicher Lohnabzug von 1,17 M. gemacht. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, der Stundenlohn 39 Pf. Um nun aber die Arbeiter einen höheren Lohn verdienen zu lassen, werden 15 Stunden pro Tag gezahlt. Diese Lohnberechnung soll verhindern, daß der niedrige Stundenlohn, der auch vor dem Kriege gezahlt wurde, erhöht werden muß, weil es sonst nach dem Kriege jähren fällt, den alten Lohn wieder einzuführen. Ein direkter Lohnabzug würde sehr unangenehme Folgen haben, deshalb wird bei Grundlohn beibehalten und für fünf Stunden pro Tag mehr gezahlt. An Lohnzulage zahlt die Firma 50 Pf. pro Tag. Herrn Betriebsleiter Jäger erziehen nun hinsichtlich der Lohn zu hoch, und er erklärte den Arbeitern, daß nur noch 12 Stunden pro Tag berechnet werden sollten. Die Arbeiter lehnten dieses Angebot ab, und 60 Mann verließen den Betrieb. Der Betriebsleiter stellte ferner die Behauptung auf, daß die Arbeiter arbeitslos in der Firma betrogen hätten. Jetzt würden im Auftr. 18 Gutz fertig, während sie im Tagelohn nur 11 Gutz geleistet hätten. Aber Herr Jäger weiß doch, daß Arbeit nur ausgeführt wird, um die Tagesleistung zu erfüllen und billiger herzustellen zu können. Die Arbeiter haben davon keinen dauernden Nutzen, da trotz höheren Kraftverbrauchs die erzielten Mehrerträge gewöhnlich bald vom Lohn gefressen werden. Wir wollen heute übrigens nicht unterfragen, wer bei den Kriegsgewinnen in der Sprengstoffindustrie Betrag verliert. Die Arbeiter weisen den Vorwurf jedenfalls weit von sich. Um der allgemeinen Meinung zu begegnen, empfahl Herr Jäger den Arbeitern, wenn die Witterung zu teuer sei, doch trotzdem Brot zu essen; er habe früher auch viel gegessen. Solche Rathschläge mühen eigenartig an in einem Betriebe, in dem die Arbeiter durch ihrer Hände Arbeit der Firma Millionen an Gewinnen erarbeiten. Es wird Aufgabe der Betriebsleiter sein, diesen Betrieb schärfer zu überwachen, damit auch den Arbeitern für die ungesunde und gefahrvolle Arbeit ein ausreichender Lohn gesichert wird. Bei den Gerüchten der Löhne besteht besonders die Gefahr, daß die Arbeit nicht mit der nötigen Sorgfalt ausgeführt wird und daher leicht durch Unfälle Opfer an Menschenleben zu beklagen sind. Deshalb ist Abhilfe dringend notwendig.

Rundschau.

Vielfagende Inzerate.

In Nr. 1034 der 'Kölnischen Zeitung' (11. Oktober) ist das folgende Inzerat zu lesen:

Kriegslieferanten. In Godesberg-Rh., 100 Prozent Steuer, herrl. Villa, 10 Räume, Küche, Vor- und Hintergarten, eingeb. Bad, Heizung, elektr. Licht und Gas, postbillig für 32 Wille, mit 10 bis 16 Wille Anschlag zu verkaufen. Angebote unter D. P. 961 an die Exp. d. Bl.

Der Inzerat ist als das Glanzstück, das heute nur Kriegslieferanten Villen kaufen können. Damit dürfte er nicht ganz unrichtig haben. Bezeichnend ist nur die Schamlosigkeit, mit der dieser Glaube an die ekkentrierte Zahlungsfähigkeit der Kriegslieferanten auf den Markt getragen wird.

Ja meistens Tagesleistungen war längere Zeit folgendes Inzerat teilweise im Text ein wenig geändert - zu lesen:

Zur Verfügung gestellt verdorbene Lebensmittel, nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet, übernimmt sofort woggen- oder fuhrtenweise (folgt Firma).

Seit einiger Zeit steht daselbst ein großer Kellermagazin in den Berliner Reichshallen. Dazu schreibt der Evangelische Arbeiterbund: 'Man erzählt doch auch das kriegende Volk, das sich mühen die Götter zu zerschlagen, um ein paar Pfund Gemüße heimzuführen, wobei alle die meisten Sorten wandern, die zwar da sind, aber nicht billiger abgegeben werden. 'Woggenweise' werden sie von den betrieblichen Geschäftslieferanten in verdorbene Zustand entgegengenommen, um wiederum möglichster inner als Viehfutter oder sonst was zu welchen Zweck demerzt zu werden.' Er hätte auch hinzusetzen müssen, daß die Regierungen und Gemeindeführungen an solchen Zuständen nicht nur nicht nur darüber, daß sie eigene Vorräte in großen Mengen verbrauchen lassen, statt sie rechtzeitig billig abzugeben, sondern vor allem dadurch, daß sie den Lebensmittelhändlern, die zum Zwecke der Preisstabilität Mengen von ansehnlicher und ansehlicher, nicht auf die Finger klopfen. Man darf nun nicht etwa einwenden, daß die Käufer, deren Lebensmittel verderben, dadurch wenigstens geschädigt werden. Im Gegenteil, die lassen planmäßig Preise bezahlen, um den Markt zu ungeheuerlich hohen Preisen loszulassen zu können.

Verbandsnachrichten.

Vom 12. Oktober an gingen bei der Hauptkassier folgende Beiträge ein: Wieden 233,35, Teffau 235,23, Ettlin 500, - , Eckenbühl 510,70, Kalkstein 426,70, Bors 410,70, Brunsbüttelweg 378,61, Wieden 233,35, Teffau 235,23, Ettlin 500, - , Eckenbühl 510,70, Kalkstein 426,70, Bors 410,70, Brunsbüttelweg 378,61.

Sarzbau 199,76, Oderberg i. d. R. 185,86, Reudersburg 172,23, Wainchendorf 128,86, Weile 125,46, Kalkstein 110, - , Klein-Krognenburg 117,86, Einbeil 112,02, Sehrte 95,87, Nienburg a. d. W. 94,86, Wühlstadt 82,11, Gaffelsche 68,91, Dommtig 63,20, Eichenhausen 61,80, Griesenhagen 50,18, Raufha 35,57, Pyramont 32,18, Detmold 28,32, Gr. Rhaden 21,40, Heffeldt 19,25, Woldenberg, N.-W., 3, - , Kersig (Wf.) 667,57, Darmstadt 279,84, Wolgast 880,60, Pries 618,08, Pöblin 513,40, Neuen a. d. G. 415,41, Herode 352,75, Schöningen 290,27, Götzig 275,09, Uedermünde 216,54, Bromberg 215,17, Eilenburg 211,46, Kempfen 208,27, Schwann 200,35, Strehlitz 174,70, Wähow 172,67, Nafsenburg 169,38, Weimar 161,38, Wolditz 136,63, Hof 117,50, Grovesmühlen i. M. 103,35, Weßlau 102,41, Walsenburg 94,20, Wefelingen 91,96, Eiferwerda 86,68, Wägelin v. O. 77,34, Kalkstein 72,44, Auerbach i. B. 72,38, Schönbürg i. M. 69,11, Weiningen 41,07, Quedlinburg 27,21, Jümenau 26,09, Langenloß 16,63, Rinteln 7,77, Plauenischer Grund 1434,34, Hirschberg i. Schl. 700, - , Stuttgart 548,20, Langelsheim 519,34, Weiffenfelds 509,88, Zittau 201,04, Lüß 179,76, Lungenau 119,86, Plauen i. R. 100, - , Mänsfeld 91,19, Niesky 81,35, Nordham 80,75, Treptow a. d. R. 75,34, Wägelin a. d. R. 62,12, Torgau 24,45, Nordhalben 24,11, Altenburg (S.-M.) 11,50, Th. 2495, Berlin 9337,27, Gienberg (S.-M.) 1218,97, Sonneberg (S.-M.) 854,33, Reudersburg 27,28, Darby 351,58, Herbst 302,99, Kolbmar 200,11, Gabelberg 141, - , Tuisburg 107,90, Seligenstadt 91,96, Wätow i. P. 56,55, Lauenburg i. P. 43,70, Oldesloe 33,04, Gienberg i. d. Pf. 29,07, Lübeck 1927,63, Varel i. O. 219,70, Harlingerode 106,90, Worms 26,42, Berlin 9, - , Gimsborn 1915,07, Heilbronn 859,84, Götting 600, - , Lauenburg a. d. E. 474,02, Finsterwalde 430,56, Völsingen 203,18, Straßburg i. Elb. 166,02, Fiddichow 139,62, Walsrode 124,89, Warnemünde 123,08, Ebnitz 109,82, Kobach 95,01, Lorch 77,35, Freiburg i. W. 62,42, Solingen 61,42, Erfurt 54,48, Langig 52,11, Uternach 44,55, Wendorf 17,96, Guskirchen 14,82, Cytha 2,50, Korbach 2, - , Pforzheim 35,62.

An Verbandsbeiträgen gingen ein:

Oderberg i. d. M. 3, - , Gr. Rhaden - 20, Eifenberg (S.-M.) 37,45, Schwann 9,10, Ofterode a. S. 6,25, Wolgast 5,96, Nafsenburg 1,50, Niesky 8,65, Langelsheim 8,15, Lungenau 1,85, Darby 5,50, Penig 3,25, Pöhlnd - 75, Wolgast 13,85, Garkha i. S. 13,25, Götting 9,55, Pforzheim 2,95, Burg 5, M. 2,55, Gabelberg 1,50, Warnemünde 1,10.

Schlus: Montag, den 18. Oktober, mittags 12 Uhr.

F. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1915 haben eingeleitet:

Teffau, Düsseldorf, Sonneberg, Wainchendorf, Nafsenburg, Jauer, Weßlau, Rathenow, Heffeldt, Griesenhagen, Wühlstadt, Eiferwerda, Oderberg, Ofterode-Sch., Detmold, Sehrte, Kolditz, Nienburg a. d. W., Groß-Rhaden, Gaffelsche, Garkha, Alstedt, Kojin a. S., Varmin, Klein-Krognenburg, Darby a. d. D., Brunsbüttelweg, Reudersburg, Wlanenburg, Althaldensleben, Pyramont, Wägelin v. O., Weimar, Alten a. d. E., Bromberg, Glimshorn, Saarau, Kempfen, Wolgast, Götzig, Landskron, Auerbach i. B., Jümenau, Reutlingen, Kalkstein, Reudersburg, Muskau, Wähow, Forchheim, Schleuditz, Grotzig, Grovesmühlen, Schöningen, Dommtig, Weidorf, Grabow, Lüß, Strehlitz, Darmstadt, Wefelingen, Torgau, Welle, Offenbach, Mannheim, Grünberg, Langenloß, Rinteln, Weiffenfelds, Treptow a. d. R., Lungenau, Plauen i. R., Hof-Moschendorf, Pries, Köslin, Schwenningen, Eifenberg, Stuttgart, Bries, Reichenau, Wägelin a. R., Nafsha, Langelsheim, Niesky, Worms, Eifenberg, Wismar, Nordhalben, Ofterode, Wainchendorf, Mänsfeld, Uedermünde, Nordham, Zittau, Hirschberg, Kolbmar, Sölmars, Wätow, Friedland v. Br., Neumarkt i. Schl., Gamburg, Plauenischer Grund, Chemnitz, Lübeck, Tuisburg, Köln, Langig, Lemgo, Havelberg, Harzburg, Schönberg, Oldesloe, Quedlinburg, Herbst, Ofterode, Seligenstadt, Gienberg i. d. Pfalz, Jognid, Berlin, Wägelin, Lübeck, Harlingerode, Finsterwalde, Varel, Martrandt, Reudersburg, Weiningen, Wendorf, Solingen, Guskirchen, Dören, Uternach, Weifen, Eiferhausen, Langig, Kobach, Pforzheim, Warnemünde, Lauenburg i. Pomm., Ebnitz a. d. E., Uelzen, Lorch i. S., Götting, Kalkstein, Walsrode, Sölmars, Grimma, Fiddichow, Quedlinburg a. d. E.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Althaldensleben. Karl Pieper, Reuderslebener Str. 47. Burgdorf. S. Birzer, Sande, Seilerstraße 7. Briesen. N. Grumm, Friedrichstraße 3. Grabow. Müller eingezogen. Karl Reper, Brühlstraße 17. Halle. 1. Bevollmächtigter Gustav Schaffernicht, Jakobstraße 42. 2. Bevollmächtigter Oskar Döfler, Hatz 42-44 (Vollblut). Solmar in Posen. Paul Durt, Koonstraße 16. Sölmars a. M. Nikolaus Sidenberger, Nr. 139. Ofterwed. Hermann Sedz, Stephaniengasse. Nafsenburg. Gottfried Seidler, Mauerstraße 6, part. Worms. Heinrich Daber, Kämmerstraße 45.